

schwarz-auf-weiss im Gespräch mit Mathew D. Rose

10 Fragen zu seinem Buch KORRUPT?

(schwarz-auf-weiss\UD) - Herr Rose, ihr neues Buch „KORRUPT? – Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern – und uns verkaufen“, ist im Herbst 2011 erschienen. Es liest sich wie ein Polit-Krimi. Nur sind die Zustände, die Sie beschreiben, keine Fiktion sondern real. Als Einstieg in unser Interview möchte ich Sie fragen – Warum das Fragezeichen im Titel?

(Mathew D. Rose) - Das Fragezeichen hat leider eine banale Ursache. Dieser plakative Titel stammt nicht von mir, sondern vom Verlag, der das Manuskript kaum kannte. Es ging ihm hauptsächlich um den Verkauf von Büchern, was in der Natur ihres Geschäfts liegt. Ich hatte mir „Die verkaufte Demokratie“ als Titel gewünscht. Dieses Buch beschäftigt sich vor allem mit der Demokratie und der Gefahr, in der sie sich heute befindet.

Das Titel-Vorhaben des Verlages war einfach „Korrupt“ – ohne Fragezeichen. Juristisch wäre das ein Eigentor. Bei jedem Verweis im Text auf kritikwürdige Geschäfte, hätten die Betroffenen problemlos behaupten können, dass dies sich unter dem Titel als Korruption subsumiere, also ich werfe ihnen Korruption im juristischen Sinne vor. Wo die Gerichte derzeit so politiker- und unternehmerfreundlich sind, hätten wir alle Prozesse verloren. Davon konnte ich den Verlag überzeugen. Leider haben sie die einfache Lösung mit dem Fragezeichen gewählt. Damit schwebt keine Tatsachenbehauptung über dem Buch.

Mit Korruption im juristischen Sinne hat das Buch kaum zu tun, darüber hatte ich den Verlag schon in der Konzeptionsphase informiert. Wie ich im Buch erkläre: Die Politik bestimmt die Gesetze zur Korruption und wird keinesfalls wirksame Gesetze gegen Politiker-Korruption initiieren. Systemische Korruption spielt jedoch eine wesentliche Rolle in meiner Analyse.

In unserem Vorgespräch zu diesem Interview haben Sie gesagt, dass ihr Buch weder von den Parteien noch von Politikern so richtig wahrgenommen wird oder

eine Debatte ausgelöst hat. Es wird darüber geschwiegen. Wie erklären Sie sich dieses aufgrund der recherchierten Fakten dann doch beredte Schwiegen zu diesem ernststen Thema? Und – bekommen Sie auf ihr Buch Reaktionen von normalen Bürgern? Wie sehen diese aus?

Die politische Klasse und die Medien, die in einem symbiotischen Verhältnis leben, ignorieren dieses Buch und viele andere hervorragende Bücher über Machtmissbrauch in der Bundesrepublik. Dieser Diskurs ist mit wenigen Ausnahmen einfach nicht auf dem Tagesplan der politischen Klasse. Es geht den meisten Politikern und ihren Helfern nicht um Demokratie oder Gemeinwohl, sondern um Machterhalt und Selbstbereicherung.

Sollte die politische Klasse der Bundesrepublik die demokratische Legitimität der Parteiendemokratie in Frage stellen, bedroht sie ein sehr erfolgreiches Geschäftsmodell mit Milliardenumsatz. Sie lebt, wie mein Buch wohl beweist, sehr gut davon. Warum sollen sie ihre Melkkuh schlachten? Aus demselben Grund verteidigt das Finanzkapital unnachgiebig ihre Spekulationsgeschäfte. Dabei muss ich betonen, dass nicht alle Politiker in meinen Augen korrupt sind. Es gibt auch Integre, die ich respektiere. Sie stellen jedoch eine Minderheit und noch dazu eine schwache Minderheit dar. Im Journalismus sieht es kaum anders aus. Die Strukturen und der Grad der Korruption sind ähnlich. Also sind wir nicht besser als die Politik. Wir haben jedoch den Vorteil, dass wir die Produktionsmittel, die darüber berichten können, kontrollieren.

Mit dem Begriff des normalen Bürgers habe ich meine Schwierigkeiten. Wenn Sie Menschen jenseits der herrschenden Klasse und ihrer Handlanger aus der politischen Klasse meinen, haben viele das Buch so verstanden, wie es gemeint war: Die Demokratie und das Gemeinwohl werden an die Höchstbietenden verkauft und die demokratische Gesellschaft, und dazu gehört Chancengleichheit, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, ist bedroht.

Dass sie die Inhalte des Buches begreifen, wundert mich nicht. Deutschland hat eine sehr gut gebildete Bevölkerung, die eigenständig und kritisch denkt, und oft danach handelt, siehe die Anti-Atom-Bewegung, die Gegner von Carbon Capture Storage

(CCS), oder Stuttgart 21. Auch wenn im letzteren Fall die Gegner des Projekts die Volksabstimmung verlieren sollten, haben sie der Demokratie in Baden-Württemberg einen großen Aufschub gegeben. Doch der Weg ist lang und es wird viele – sehr viele – erbitterte Kämpfe geben. Die herrschende Klasse ist gut gewappnet und ihre Kriegskoffer prall gefüllt. Dazu besitzen sie ein wunderbares Propagandainstrument: die Medien. Dazu zählen die Öffentlich-Rechtlichen.

Sie beschreiben in KORRUPT die Macht des Lobbyismus, auch seine Zunahme in den vergangenen Jahren. Sie beschreiben die Einflussnahme von Lobbyisten und Sponsoren auf politische Entscheidungen. Was sind ihre Definitionen von Lobbyismus und von Sponsoring? An welchem Punkt genau wird Lobbyismus und Sponsoring unseriös? Und was halten Sie persönlich für die schlimmere Plage in einer demokratischen Gesellschaft?

Zunächst müssen wir unterscheiden zwischen zwei Arten von Lobbyisten. Es gibt die eine sehr große Gruppe von Lobbyisten, deren Ziel, finanzielle Vorteile für ihre Klienten zu sichern, ist. Dafür haben sie Millionen-Etats und verdienen selber sehr viel Geld, um behilflich zu sein, Partikularinteressen ins Gesetz umzuwandeln. Dagegen steht die zweite Gruppe. Das sind die Non-Profit-Lobbyisten mit humanitärer Zielsetzung, denen es um Themen wie Menschenrechte, Umwelt- und Naturschutz, Ernährung und Gesundheit im Interesse des Gemeinwohls geht. Sie sind wenige und arm. Von einer Gleichheit kann man nicht reden

Sponsoring ist nichts anderes als die Finanzierung von politischen Parteien, also der Kauf ihrer Dienstleistungen, mit dem Vorteil der Anonymität und einer höheren Steuerabschreibung gegenüber einer Spende. Sponsoring war auch ein Weg, über Unternehmen, an denen die öffentliche Hand eine Beteiligung von über 25 Prozent hält, Geld an die Parteien zu schleusen, nachdem dies durch das Spendengesetz aus dem Jahr 2002 verboten wurde.

Mit Seriosität hat beides gar nichts zu tun. Ich halte Lobbying wie Sponsoring für ausgesprochen anti-demokratisch. Sie werden durch Geld bestimmt. In einer

Gesellschaft, wo der Reichtum so einseitig verteilt ist wie in der Bundesrepublik, kann es unter diesen Bedingungen keine Chancengleichheit geben.

Es gibt genügend Experten – leider zunehmend weniger unabhängige -, mit deren Unterstützung die Politik gute Entscheidungen treffen könnte, zweifellos viel bessere als sie jetzt trifft. Es ist ja vorgesehen, dass die Politik den Rat von solchen Experten heranholen soll. Dafür sind Anhörungen vorgesehen und es können Studien angefordert werden. Dafür braucht man keine Lobbyisten, die Gesetzgeber zur Fußball-Weltmeisterschaft, einem teuren Essen oder einer Luxusreise einladen, geschweige denn Geschenke überreichen. Lobbyisten sind für die Demokratie also völlig überflüssig, ja zerstörerisch.

Bezüglich Sponsoring und Spenden sollte ersteres verboten werden. Das Zweite, wenn überhaupt erlaubt, sollte auf eine Höhe begrenzt werden, die jede und jeder sich leisten kann. Da könnte man bei den Hartz IV Empfängern eine Umfrage durchführen.

Am Anfang ihres Buches ist der Satz zu finden: „Profilobbyisten sind genauso demokratiefördernd wie einst die sowjetischen Panzer.“ Harsche Worte für eine ehrenwerte Berufsgruppe, die scheinbar geschätzt wird – auch in ihrer beratenden Funktion für die Politik?

In einem absolutistischen Staat werden schnell Panzer eingesetzt, wenn die herrschende Klasse bedroht ist. In einem demokratischen Staat sind Panzer die *solution of the last resort*. Um ihre Interessen durchzusetzen, ist es für eine herrschende Klasse viel einfacher und öffentlichkeitsfreundlicher die Politik zu kaufen. Dies wird legitimiert durch Spenden, Sponsoring, Lobbying, die Vergabe von hoch dotierten Stellen, Beraterverträgen oder Vorträgen, um nur ein paar der Möglichkeiten zu nennen. Um das Volk zu verwirren und von diesem Vorgang abzulenken, sind die Medien vorhanden.

In der so genannten dritten Welt sehen wir oft, wie Regierungen, die für die Multinationalen Unternehmen unangenehm sind, durch einen Militärputsch abgelöst werden. Es entsteht dadurch ein Neo-Kolonialismus. In den westlichen Demokratien existieren andere Instrumentarien. Gegenwärtig werden für das Finanzkapital nicht

genehme Regierungen, die demokratisch gewählt wurden (egal was man von ihnen hält), nicht nur friedlich abgesetzt, sondern neue, jenseits des demokratischen Prozesses, ernannt. Siehe die Fälle von Griechenland und Italien. Auch eine Art Kolonialismus. Man schickt nicht mehr die Kriegsschiffe, sondern die Kapitalmärkte erledigen die Drecksarbeit.

Wir wurden selber Zeugen davon, was das Finanzkapital von Demokratie hält. Als der Griechische Premierminister Papandreou eine Volksabstimmung zu den von Außen aufoktroierten Austeritätsmaßnahmen ankündigte, stürzten die Aktienmärkte dramatisch ab. Als die Volksabstimmung kurz danach abgesagt wurde, stiegen sie wieder rapide.

Man verliert das wichtigste Element aus den Augen. Besser gesagt, die Medien blenden es aus. Das ist das Volk. Wenn die Griechen zu viel Widerstand gegen die Maßnahmen des Finanzkapitals leisten, so dass die Polizei dies nicht mehr in den Griff bekommt, werden wir Militärs auf den Straßen von Athen sehen. Wenn das nicht gelingt, dann könnten in der Tat Panzer eingesetzt werden. Das erinnert jedoch zu stark an die frühere Diktatur Griechenlands (das übrigens damals in der Nato blieb und politisch hofiert wurde) und die Sowjets in Prag und Budapest während des Kalten Krieges. Das ist nur als *solution of the last resort* anzusehen.

Man könnte sagen: Lobbyismus, Sponsoring, Seilschaften, „Klüngel“, das „eine Hand wäscht die andere“ – all diese Dinge scheinen – wie die käufliche Liebe auch – mehr oder weniger starke Konstanten jeder Gesellschaft und damit nicht ausrottbar zu sein. Weshalb also regen Sie sich auf? Warum gerade jetzt diese Publikation, noch dazu als amerikanischer Journalist, dem man immer den Vorwurf machen kann, sich in der hiesigen politischen Landschaft nicht richtig auszukennen oder die Verhältnisse nicht richtig zu verstehen / verstanden zu haben? Böse Zungen könnten Ihnen vorwerfen, dass Sie ja in doppelter Hinsicht kein Insider sind – weder als Staatsbürger noch als Journalist.

Ich bin nur eine Stimme in einem ausgeprägten weltweiten Diskurs. Deswegen zitiere ich so viele Menschen von heute und aus der Vergangenheit. Neu an meinem Buch sind

der Bezug zur Bundesrepublik und die Analyse bezüglich der Entwicklung der politischen Klasse und Parteien seit der Rot-Grünen Bundesregierung. Wie ich anfangs erwähnte, gibt es einige gute Bücher über den Machtmissbrauch hierzulande. Leider findet man in den Leitmedien diesen Diskurs kaum.

Korruption in allen seinen von Ihnen genannten Facetten ist nicht einfach ein böses Element der Demokratie. Ich kann nur wiederholen, dass Korruption anti-demokratisch ist. Es widerspricht den Prinzipien von Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

Korruption widerspricht dem Rechtsstaat selber, auch wenn die politische Klasse versucht, Korruption gesetzlich zu ermöglichen und als Kavaliersdelikt herunterzuspielen.

Wer sich zur Demokratie bekennt, muss gegen Korruption sein, genau wie er oder sie gegen Rassismus oder Armut sein muss. Alle drei Dinge widersprechen demokratischen Grundwerten. Und wer sich zur Demokratie bekennt, muss sie auch verteidigen – egal wo man sich befindet. Während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges strömten Menschen aus Europa nach Nordamerika, um dieses zu unterstützen, wie Lafayette aus Frankreich und Kościuszko aus Polen/Litauen, die später wichtige Rollen in den demokratischen Bestrebungen ihrer eigenen Länder spielen sollten. Demokratie ist nationalstaat- und kulturübergreifend.

Und da ich gerade hier lebe, setze ich mich für die Demokratie dieser Gesellschaft ein. Was die politische Klasse der Bundesrepublik davon hält, ist mir egal. Es geht mir um die 99 Prozent.

Sie beschreiben in einer kleinen Episode über den laut *BILD*-Zeitung „fleißigsten“ Bundestagsabgeordneten Christian von Stetten (CDU), wie sich Abgeordnete dem Bedürfnis des Bürgers nach Transparenz entziehen, und schreiben dort „Die Abgeordneten werden zwar vom Volk bezahlt, doch damit ist keineswegs das Recht verbunden zu kontrollieren, ob sie auch ihren Pflichten nachkommen. Eine sehr deutsche Demarkation zwischen Herr und Untertan.“ Und weiter, dass in solchen Fällen, „wenn es um unangenehme Angelegenheiten der herrschenden Klasse geht“ gerne das Datenschutzgesetz hoch gehalten wird. – Meinen Sie,

gefragt als Historiker, dass Worte wie *Herr* und *Untertan* heute wirklich noch zeitgemäß, angebracht bzw. angemessen sind für die Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnissen und Verhaltensmuster auch von Politikern? – Ist unsere Gesellschaft nicht offener geworden?

Es gibt viele Ausdrücke für *Herr* und *Untertan*. Heute wird von dem einen und den neunundneunzig Prozent gesprochen. Die Struktur bleibt jedoch die Gleiche. Es gibt jedoch ein besonderes Verhältnis zwischen den Deutschen und ihrer Obrigkeit, das auch historisch bedingt ist. Das führe ich im Buch im Kapitel „Deutschland und die Suche nach Demokratie“ aus. Ralf Dahrendorf hat sich dieser Frage ein Leben lang gewidmet.

Ist der deutsche Machtapparat transparenter geworden? Keinesfalls. Wo Transparenz hergestellt wird, wird neue Intransparenz geschaffen. Ich habe schon erwähnt, dass Sponsoring eine Antwort auf die etwas verbesserte Transparenz bei Spenden war. Dabei sind die Spenden immer noch kaum durchschaubar. Jeder Journalist, der über die Praktiken der politischen Klasse, aber auch der Wirtschaft, recherchieren will, kommt sehr schnell an die Grenzen der Transparenz. Das Informationsfreiheitsgesetz halte ich für ein Feigenblatt, das real ineffektiv ist.

Ein weiterer Punkt, über den Sie schreiben, ist der Drehtür-Effekt im politischen Business. Ihre Beispiele Schröder, Fischer, Clement, Riester, Rürup und andere sind sicher keine guten Vorbilder, hinsichtlich politischen Fingerspitzen- oder Feingefühls. (Taktgefühl u. Zurückhaltung hindert aber eher an einer Karriere – wie heißt es doch: frech kommt weiter!) Aber denken Sie wirklich, Politikern ist es wichtiger, sich um ihre eigenen Pfründe zu kümmern, als um das Allgemeinwohl unserer Gesellschaft? Es gibt doch auch die Gegenbeispiele wie Hermann Scheer und andere. – Wie stellt sich das Verhältnis von Politik als Beruf/Berufung (im Sinne von Max Weber) zu *Politik als Geschäft* aus ihrer Perspektive als Historiker und als Journalist heute dar? Gibt es das noch „Politik aus Leidenschaft; Politik als Beruf(ung)“ oder ist das heute nur noch so etwas wie Verklärung und Romantik?

Die Anzahl der Politiker, die unter Politik die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse im Sinne eines Gemeinwohls verstehen, wird immer geringer. Wir reden von einer kleinen und machtlosen Minderheit. Die SPD, großer Förderer von Atom- und Kohle-Energie, hat Scheer fast bis zum bitteren Ende bekämpft. Nach Fukushima kramte Sigmar Gabriel beim SPD Parteitag 2010 Scheer hervor. Das war nur wenige Tage vor Scheers Tod.

Hermann Scheer war eine große Ausnahme. Zweifelsohne gibt es andere Politiker aus allen Parteien, die Politik aus Interesse für das Gemeinwohl betreiben. Aber wenige. Die große Mehrzahl handelt aus Eigeninteresse, was selbstverständlich eng mit den Interessen bezahlenden Klientel verwoben ist.

Selbstverständlich ist Politik mit Verklärung und Romantik überzogen. Tagtäglich berichten die Medien von einer politischen Märchenwelt, die wenig mit der Realität zu tun hat. Entscheidend sind die materiellen Aspekte und die tatsächlichen Ergebnisse des politischen Handelns.

Es gibt noch Politiker aus Leidenschaft, aber als schwindende Qualität. Da Parteien sich zunehmend auf ihre Geschäfte konzentrieren, sind die Wirtschaftsmanager gefragt, nicht die Politik-Manager. Deswegen haben die Parteien den Kontakt mit der Bevölkerung verloren. Heute laufen sie ihren Wähler hinterher: die CSU bei der Gentechnik, die gegenwärtige Koalition, als aus dem „Ausstieg aus dem Ausstieg“ nach Fukushima der „Wiedereinstieg in den Ausstieg“ wurde. Viele Politiker haben kaum Zeit für ihre Wähler, da sie neue Kunden akquirieren müssen. Man kann zwar von Leidenschaft reden, jedoch von keiner demokratischen.

Trotzdem, am Ende bedienen die politischen Parteien die Partikularinteressen auf Kosten der Mehrheit. Die CDU, CSU und FDP (geschweige denn die großen Energieversorger und Wirtschaft) beklagen ständig die Verteuerung von Energie durch erneuerbare Quellen. Doch gleichzeitig wird die Industrie von vielen Strom-Gebühren befreit oder sogar mit öffentlichen Mitteln subventioniert. Diese Geschenke an die Wirtschaft werden hauptsächlich auf die Kleinverbraucher abgewälzt. Das ist keine Energiepolitik, sondern eine Umverteilung von Reichtum. Gehen sie mal auf einen

Parteitag oder schauen sie in die Mitgliederzeitschriften der Parteien. Wer mietet die teuren Stände oder schaltet die Anzeigen?

Die Presse, als vierte Gewalt im Staat, mit der Aufgabe eine Kontrollfunktion auszuüben, kommt nicht gut weg in ihrem Buch. Würden Sie soweit gehen und sagen, dass das Gros unserer Medien sich verkauft hat und dabei ist, Teil und Teilhaber des Systems zu werden?

Man darf nicht vergessen, dass die Medien eine entscheidende Rolle in dieser Welt der Politik als Big Business spielen. Sie üben kaum noch eine Kontrollfunktion im Sinne der Demokratie über die Politik aus, da sie selbst Teil des Herrschaftssystems sind. Viele Mitglieder der Medien sind sogar führende Mitglieder der politischen Klasse, einige außerordentlich mächtig. Wie etwa Silvio Berlusconi, Rupert Murdoch oder die Springer-Presse und Bertelsmann in der Bundesrepublik. Sie betrachten die Medien, ihre Medien, keinesfalls als Teil eines demokratischen Prozesses, sondern als Garant der bestehenden Machtverhältnisse, die ihnen Einfluss und Reichtum sichern.

Die meisten Deutschen merken erst in dem Moment zu welchem Grad sie von den Medien desinformiert werden, wenn sie das politische und wirtschaftliche System in Frage stellen und was dagegen unternehmen. In den Medien finden sie eigene Inhalte nicht wieder, stattdessen Diffamierung. So lange ich in der Bundesrepublik lebe, war das so. Ich denke an die Frauenbewegung, die Hausbesetzerbewegungen, die Grünen in ihrer Ursprungszeit, die Friedensbewegung, die Bemühungen um direkte Demokratie, die Menschen gegen Atom-Energie und CCS, und heute die Gegner von Stuttgart 21 und die vielen Bürgerinitiativen, um nur einige zu nennen. Das waren und sind mutige Männer und Frauen mit einem sehr entwickelten Sinn für Gemeinwohl. Nachdem die Grünen Deutschland in einen sinnlosen Krieg in Afghanistan führten und dem Sozialsystem den Garaus machten, wurden sie wie die anderen politischen Parteien von den meisten Medien wohlwollend behandelt – bis auf den linken Flügel.

Die politische Klasse und die Medien sind bemüht Politik als eine höchst komplizierte und schwierige Angelegenheit, die das Volk nicht begreifen kann, darzustellen. Die Stimmen und Einwände der Bürger werden verunglimpft, besser noch verschwiegen.

Das gilt auch für kritische Journalisten. Trotzdem machen die Bürger und kritische Journalisten weiter – und ihre Kinder und Kindeskinde. Darin liegt unsere Hoffnung.

Sie schildern nicht nur düstere beklemmende Verhältnisse in ihrem Buch. Sie benennen auch Organisationen wie Abgeordnetenwatch oder LobbyControl, die Hoffnung machen. Welche Ziele/Aufgaben halten Sie für dringlich im Aufdecken von Lobbyismus? Und wie kann man der auch von Ihnen erwähnten Tendenz einer Refeudalisierung der Gesellschaft in einer postdemokratischen Gesellschaft, die ja keine echte Teilhabe der Bürger am politischen Geschehen mehr kennt, entgegenwirken?

Abgeordnetenwatch, LobbyControl, Mehr Demokratie, oder Campact, um einige zu nennen, geben dem Volk politische Plattformen, von wo aus es sich informieren und zum Teil handeln kann. Sie sind eine Bereicherung für die demokratische Kultur der Bundesrepublik und erfüllen eine wichtige Kontrollfunktion. Es gibt Raum für viele andere solche Institutionen.

Doch am Ende werden sich die Menschen selber für ihre Rechte und die Demokratie einsetzen müssen. Wer ausschließlich die eigene politische Verantwortung delegiert, verlässt den politischen Prozess, um Teil einer manipulierten Masse zu werden. Wie George Bernhard Shaw merkte: „Freiheit bedeutet Verantwortung. Deswegen wird sie von den meisten Menschen gefürchtet“.

Es scheint, dass es viele Menschen gibt, die nicht mehr wissen, wie sie Teil dieses Prozesses werden können oder sollen. Deswegen haben die oben genannten Organisationen die doppelte Aufgabe, zu informieren und zu mobilisieren.

Eine abschließende Frage: Kann man den Kampf gegen Lobbyismus und den Ausverkauf demokratischer und freiheitlicher Werte stoppen? – Machen Sie unseren Lesern, als jemand, der als Historiker eine weite Perspektive hat und große Zeiträume überblickt, ein wenig Mut und Hoffnung!

Seit der ersten Demokratie in Athen Anfang des 5. Jahrhunderts vor Christus wurde die Demokratie von einer Minderheit bedroht. Die Geschichte der Demokratien ist geprägt von Angriffen auf ihre Existenz. Doch der Mensch strebt nach einer besseren Welt.

Als die Demokratie in Athen entstand, musste das Volk sich gegen eine mächtige, jedoch kleine Minderheit durchsetzen. Das Volk musste sich gegen die repräsentative Demokratie durchsetzen, um repräsentativer zu werden und um endlich im 20. Jahrhundert das Wahlrecht für alle zu erringen. Es gab viele andere Kämpfe gegen die repräsentative Demokratie: für die Abschaffung der Sklaverei, gleiche Rechte für Frauen, die Rechte der Arbeiter, die Abschaffung von Kinderarbeit, die Schulpflicht, Rechte für Minderheiten, Gesundheits- und Altersversorgung.

Wir haben eine Vergangenheit, worauf wir – trotz vieler Rückschläge - stolz sein können. Es war die Fähigkeit der Menschen, sich immer wieder von der Fremdherrschaft von Diktatoren und Oligarchien zu befreien und unbeirrt wieder auf den richtigen Weg zurückzukehren, was mich persönlich immer wundert und uns Mut geben soll.

Zum Ende des 20. Jahrhundert schrieb Leo Valiani (dessen Leben 90 Jahre jenes Jahrhunderts spannte), der, ich glaube, damals wusste, was auf uns zukommen würde: „Unser Jahrhundert zeigt, dass der Sieg von Idealen wie Gerechtigkeit und Gleichheit stets flüchtig ist, doch es lehrt uns auch, dass es überall einen neuen Anfang gibt, wenn es uns gelingt, die Freiheit zu bewahren (...). Es gibt also keinen Grund zu verzweifeln, selbst in den scheinbar ausweglosesten Situationen nicht.“

Herr Rose, ein besseres Schlusswort hätte man nicht finden können.

schwarz-auf-weiss dankt Ihnen für dieses Gespräch und die Zeit, die Sie sich genommen haben.